

## Diktatur oder Demokratie

### Rätesystem oder demokratische Republik

Manfred Scharrer

Es hätte alles so schön geordnet und vernünftig verlaufen können, wenn es nur nach dem Willen der mehrheitssozialdemokratischen Führer um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann gegangen wäre. Ihr beharrliches, wenngleich vorsichtiges parlamentarisches Eintreten für eine Demokratisierung des Reiches und besonders Preußens schien mit der von der Obersten Heeresleitung (OHL) unter Ludendorff und Hindenburg angeordneten „Revolution von oben“ eine späte, wie sich zeigen sollte, zu späte Erfüllung zu finden. Allerdings unter denkbar schlechten Voraussetzungen und zu einem hohen Preis: Der Krieg war verloren, und die OHL wollte die Verantwortung für die Niederlage und deren Konsequenzen auf das Parlament und die Regierung abwälzen, und sie wollte einer „Revolution von unten“ vorbeugen. Die Sozialdemokraten, die bürgerlichen Demokraten und das Zentrum waren bereit, den Preis zu zahlen. Im interfraktionellen Bündnis traten die Mehrheitssozialdemokraten am 3. Oktober 1918 in die Regierung ein und nahmen die Verfassungsreform in Angriff. Am 26. Oktober stimmte der Reichstag mit großer Mehrheit dieser Reform zu. Zwei Tage später unterzeichnete und verkündete der Kaiser das Gesetz. Seine alte Macht und Herrlichkeit waren dahin. Der Reichskanzler und die Regierung waren hinfort dem Parlament verantwortlich, die militärische Kommandogewalt, sofern ihr politische Bedeutung zukam – das betraf alle wichtigen Entscheidungen –, ging in die Verantwortung des Reichskanzlers über und kam damit unter parlamentarische Kontrolle.<sup>1</sup> In Preußen stimmte das Herrenhaus der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts zu. Die Mehrheitssozialdemokraten wähten sich nicht zu Unrecht am Ziel ihrer kühnsten demokratischen Träume. Jahrzehnte hatten sie vergeblich für deren Verwirklichung gestritten.

Auf einem ganz anderen Blatt steht, daß diese Reform bei weiten Teilen der Bevölkerung in ihrer Bedeutung nicht mehr wahrgenommen wurde, nicht mehr wahrgenommen werden konnte: Der Krieg war immer noch nicht zu Ende, den Kaiser gab es noch immer, und ein Prinz, Max von Baden, war sogar noch zum Reichskanzler ernannt worden. Als Wilson signalisierte, ein Frieden mit Deutschland könne nur ohne einen Kaiser geschlossen werden, und sich die Anzeichen verdichteten, das Ende des Krieges sei nur gegen den Kaiser und die alte Ordnung zu erzwingen, verpufften alle Versuche der Sozialdemokratie, ihre Anhänger mit Hinweis auf die revolutionäre Reform vom revolutionären Aufstand abzuhalten. Die Entscheidung der Seekriegsleitung, trotz bereits eingestandener Niederlage eine letzte Schlacht aus Gründen der „Ehrenrettung“ zu wagen, brachte das Faß aus Enttäuschung und Kriegsmüdigkeit zum Überlaufen. Ende Oktober, Anfang November meuterten die Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel. Der Aufstand wirkte ansteckend. Es folgten Hamburg, Köln, Frankfurt, München. Überall übernahmen Arbeiter- und Soldatenräte die politische Macht. Fast überall wurden bewährte sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in die Führungen gewählt. Unabhängig von dem tatsächlichen Kräfteverhältnis zwischen der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD) und der Unabhängigen Sozialdemo-

1 Vgl. Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5. Stuttgart 1978, S. 590 ff.

kratischen Partei Deutschlands (USPD) wurden die Räte paritätisch besetzt. Eine große Einigungsstimmung hatte die über die Kriegsfrage fast heillos zerstrittenen Anhänger der Sozialdemokratie erfaßt. Die Herrschenden verließen sang- und klanglos ihre Posten und flohen aus der politischen Verantwortung – ohne daß es größerer Gewaltanwendung bedurft hätte. Die Fürstenthronen verwaisten. Mit dem monarchischen Prinzip war nach der schmachvollen Flucht des Kaisers nach Holland kein Staat mehr zu machen.

Auch in Berlin ließ sich die revolutionäre Stimmung nicht länger beschwichtigen. Der letzte Versuch des Reichskanzlers Max von Baden, gedrängt von den Mehrheitssozialdemokraten, den Kaiser zur Abdankung zu bewegen, um das Schlimmste, die Revolution, noch zu verhindern, kam schon zu spät. Die Mehrheitssozialdemokraten schlossen sich in letzter Minute dem Aufstand an. Sie riefen ihre Anhänger zum Generalstreik auf und versuchten, sich an die Spitze der Revolutionsbewegung zu stellen. Betrachtet man nur ihre demokratische Zielvorstellung, dann hat Arthur Rosenberg weitgehend Recht, wenn er meint, sie hätten gegen sich selbst Revolution gemacht, ihr eigenes, wenige Wochen altes Reformwerk über den Haufen geworfen. Wie auch immer, sie vollbrachten eine „taktische Meisterleistung“ (Kolb) und schafften es, die Führung der Bewegung an sich zu reißen, das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterschaft zu gewinnen und entschieden und entschlußkräftig zu agieren. Ganz im Unterschied zu ihren Konkurrenten bei der USPD, die weitgehend durch innerparteiliche Zerrissenheit paralytisch war.

Als die Mehrheitssozialdemokraten der USPD anboten, die Revolutionsregierung paritätisch zu besetzen, stürzten sie diese in erhebliche Verwirrung. Ein Teil der Linken war moralisch empört, sie waren fassungslos. Für sie waren Ebert und Scheidemann ehrlose Gesellen, die sich nur durch ihre „gerissene Schiebertaktik“ in die Revolution hatten „einschuggeln“ können.<sup>2</sup> Sie konnten sich nicht vorstellen, mit ihren sozialdemokratischen Brüdern um Ebert und Scheidemann, also jenen, die über vier Jahre den Krieg unterstützt hatten, wieder an einem Tisch zu sitzen, und lehnten eine Koalitionsregierung ab. Wieder andere, besonders bei den Revolutionären Obleuten und bei der Spartakusgruppe, hatten grundsätzliche Bedenken. Die MSPD hatte ihr Angebot mit einer Forderung verknüpft, die seit der Französischen Revolution zum kleinen Einmaleins der revolutionären demokratischen Bewegung gehörte: Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung und Schaffung einer demokratischen Republik. Die 1848er Revolution in Deutschland war nicht vergessen. Auch die deutsche Sozialdemokratie hatte sich die demokratische Republik auf ihre Fahne geschrieben. So allgemein und unbestimmt die Vorstellung davon sein mochte, darüber, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht ein wesentlicher Bestandteil sein sollte, gab es keine unterschiedlichen Meinungen. Im Erfurter Programm hieß es unmißverständlich:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.<sup>3</sup>

2 Ledebour, Georg (Bearb.): Der Ledebour-Prozeß. Berlin 1919, S. 33.

3 Zit. nach: Ebert, Friedrich: Demokratie und Sozialismus. In: Vorwärts, Nr. 331, 2.12.1918, abgedruckt bei Müller, Richard: Die Novemberrevolution. Wien 1925, S. 286.

Teile des linken Flügels der USPD, vor allem die Revolutionären Obleute, die radikalen Vertrauensleute der Berliner Industriearbeiterschaft und die Spartakusgruppe um Karl Liebknecht, teilten spätestens am 9. November dieses Ziel jedoch nicht mehr. Für sie hatten die Bolschewiki in Rußland ein neues und besseres Beispiel gesetzt. Die Bolschewiki, die zu den eifrigsten Befürwortern der Einberufung einer Konstituante gehörten, bis sie sich dort als Minderheit wiederfanden, hatten die Konstituante zerschlagen. Sie hatten den Weg in eine demokratische Republik aufgekündigt und eine Einparteien-Diktatur errichtet, von der sie behaupteten, es sei die lang ersehnte Diktatur des Proletariats. Diese Art ihrer Diktatur versuchten sie theoretisch mit Berufung auf Karl Marx zu legitimieren und als Königsweg zum Sozialismus anzupreisen. Die Mehrheitssozialdemokraten und große Teile der USPD wandten sich mit Grausen von dieser Politik und ihrer Rechtfertigung ab.

Was der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft, vom Bürgertum und von den Bauern ganz zu schweigen, Angst und Schrecken einjagte, war für radikale Linke gerade das Faszinierende an der Russischen Revolution. Eine kleine Minderheit vermochte die staatliche Macht zu erobern und diese zu behaupten. Richard Müller schreibt, daß „man in den Revolutionären Kreisen“ Berlins im November fest entschlossen war, „mit dem demokratischen Staatsplunder Schluß zu machen und eine Räterepublik nach russischem Muster aufzurichten“.<sup>4</sup> Emil Barth brachte dies auf die schlichte Formel: „Bolschewismus ist Sozialismus.“<sup>5</sup> Wie es zu dieser Überzeugung kam, läßt sich für die Revolutionären Obleute kaum nachzeichnen, schon eher anhand der Publikationen, die die Spartakusgruppe hinterlassen hat. Doch gerade diese belegen, daß die Gruppe bis in die letzten Oktobertage hinein immer wieder die Forderung nach einer demokratischen Republik erhoben hatte. Auch nach dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung und der De-facto-Parlamentarisierung des Reiches hielten sie an dieser Orientierung fest. Allerdings wollten sie dieses Geschenk „von oben“, das lange Zeit auch ein Ziel ihres politischen Kampfes gewesen war, nicht annehmen.

Jetzt, da das Volk aufsteht, Rechenschaft zu fordern, weichen die Herren Generäle, die bedenkenlos Tausende in den Tod des Sturmangriffs schickten, feige zurück hinter den blanken Schild der Demokratie. Doch sie sollen ihn trotz des Verrats der Regierungssozialisten nicht besudeln.<sup>6</sup>

Liebknecht appellierte an die Arbeiter: „Euer Ziel ist die Republik und der Sozialismus – die sozialistische Republik!“<sup>7</sup> Gegenüber den „grundsatzlosen“ Mehrheitssozialdemokraten, die sogar in eine kaiserliche Regierung eingetreten waren, beteuerte er: „Wir aber, die wir ehrliche Demokraten sind und Sozialisten – wir rufen: Nieder mit diesen Verrätern der Arbeiterklasse!“<sup>8</sup> Und Spartakus forderte: „Demokratie, Volksfreiheit, Volksherrschaft ist nicht ohne Volk, kann nur durch das Volk erobert werden! Heraus

4 Müller, Richard: Vom Kaiserreich zur Republik. 1924, Nachdruck Berlin 1974, S. 139.

5 Barth, Emil: Sitzung des Vollzugsrates, 16. November 1918, Stenographisches Protokoll. In: Engel, Gerhard u. a. (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19: Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates, vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß. Berlin 1993, S. 75.

6 Flugblatt der Spartakusgruppe vom Oktober 1918. In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, Bd. 2, Berlin (Ost), S. 244.

7 Liebknecht, Karl: Mitteilungen, Briefe ... In: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. IX, Berlin (Ost) 1966, S. 567. Ich zitiere Liebknecht im folgenden immer, sofern nicht anders vermerkt, nach den Gesammelten Reden und Schriften, Bd. IX.

8 Ebd., S. 568.

denn, ihr Männer und Frauen der Arbeit, zum Kampf um die wahre Demokratie.“<sup>9</sup> Jedoch wurden jetzt auch schon weitergehende Forderungen formuliert. Liebknecht äußerte zur angekündigten Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen: „Gemach! In anderen Zeiten mochtet ihr Schweiß und Blut ums preußische Wahlrecht allein vergießen! Heute geht’s um Größeres!“<sup>10</sup> Das Größere war die politische Machtergreifung des Proletariats. Die meisten Texte deuten darauf hin, daß diese immer noch unter der Form der demokratischen Republik gedacht wurde. Es gab jedoch auch schon im Sommer 1918 in einem Flugblatt die Parole: „Die ganze Gewalt in die Hände der Arbeiterräte, der Gewählten von der proletarischen Masse, wie in Rußland.“<sup>11</sup> Doch diese Forderung steht vereinzelt. Nach Ernst Meyer wird erst nach dem 4. November „die Forderung der Rätediktatur der Zentralpunkt der Spartakusorganisation“.<sup>12</sup>

Als die Matrosen mit ihrer Meuterei den Umsturz einleiteten und die Revolutionsorgane sich überall den Namen „Arbeiter und Soldatenrat“ gaben, und zwar unabhängig davon, welcher politischen Richtung sie angehörten, hatte das mit einer Propaganda der „russischen Methode“ durch Spartakus nichts zu tun. Dazu war der Schwenk der Spartakusgruppe viel zu spät gekommen und ihr Einfluß viel zu schwach. Wenn die Mehrheitssozialdemokraten vor dem November Spartakus und Teile der USPD verdächtigten, dem bolschewistischen Vorbild nachzueifern, dann scheint dies – von heute aus gesehen – übertrieben. Jedoch sollte im Auge behalten werden, daß in den Köpfen der Akteure die Wirklichkeit immer nur als Vorstellung existiert und es längst nicht ausgemacht war, in welche Richtung sich die Dinge und die Stimmung entwickeln würden:

Auch alle jene Treibereien durch bolschewistische Revolutionsphrasen verwirrter, unverantwortlicher Personen, die die Arbeiter zu jetzt sinn- und zwecklosen Streiks und Demonstrationen gegen die Regierung aufzuputschen versuchen, erschweren den Frieden und die Demokratie Deutschlands [...] Nicht durch Herbeiführung eines bolschewistischen Chaos, durch Entfesselung des Bürgerkriegs, der zu dem Blutstrom, der an den Fronten fließt, zu dem Unglück, das über das deutsche Volk gekommen ist, neues Unglück und neue Ströme des Blutes bringen, Not und Elend nur noch steigern und die Eroberungsgier unserer Feinde anreizen würde, kann die innere Erneuerung Deutschlands erfolgen.<sup>13</sup>

Die Aufstandsbewegung entstand spontan, ohne Weisung und Parole von irgendwelchen Parteiführungen. Die Handelnden bildeten Institutionen, denen sie den Namen „Arbeiter- und Soldatenrat“ gaben. Dies hatte mehr mit deutscher Tradition der versammlungsdemokratischen Organisation von Streik- und Lohnkämpfen zu tun als mit dem russischen Vorbild.<sup>14</sup> Jedoch: Die Übernahme des Begriffs war eine bewußte Anlehnung an die Russische Revolution, aber nur in dem allgemeinen Sinne, daß man ebenfalls einen radikalen Bruch mit der alten Ordnung wollte. Wie sich zeigen sollte, hatten

9 Wo ist die Demokratie? Flugblatt des Spartakusbundes. In: Spartakus im Kriege – Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege; gesammelt und eingeleitet von Ernst Meyer. Berlin 1927, S. 211. Vgl. auch Flugblatt, S. 206 ff.

10 Liebknecht: Mitteilungen, S. 569.

11 Auf zum Kampf um den Frieden. Flugblatt des Spartakusbundes. In: Spartakus im Kriege, S. 205.

12 Ebd., S. 20.

13 Aufruf des Parteivorstandes der SPD zum Regierungsantritt von Scheidemann und Bauer. In: Vorwärts, Nr. 287 vom 18. Oktober 1918.

14 Vgl. Müller, Dirk H.: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Berlin 1985.

die Arbeiter- und Soldatenräte in ihrer überwiegenden Mehrheit auch ganz anderes im Sinn, als dem russischen Vorbild nachzueifern.

Dieser Befund gilt auch für Berlin. Er gilt aber nicht für Teile der USPD-Linken. Als die MSPD der USPD das Angebot einer Koalitionsregierung machte, reagierte die USPD mit einem Forderungskatalog, der maßgeblich von Liebknecht formuliert worden sein soll. Darin wurde, auch für Mitglieder der USPD-Führung völlig überraschend, verlangt, „daß die gesamte legislative, exekutive und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten“<sup>15</sup> liegen müsse. Die MSPD wies besonders diese Forderung strikt zurück, mit Verweis auf ihre demokratischen Überzeugungen: „Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.“<sup>16</sup> Sie verlangte, daß insbesondere die Grundsatzentscheidung über die zukünftige Staatsform von einer „konstituierenden Versammlung“ getroffen werden müsse. Der Vorstand der USPD akzeptierte diese Haltung mit Einschränkungen. Er wollte, daß die politische Gewalt in den Händen der Arbeiter und Soldatenräte liege, „die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen“ seien. Die Frage der konstituierenden Versammlung werde erst „nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben“.<sup>17</sup> Darauf ließ sich die MSPD ein. Die Koalitionsregierung wurde unter dem Namen „Rat der Volksbeauftragten“ gebildet, mit je drei MSPD-Vertretern (Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Otto Landsberg) und drei USPD-Mitgliedern (Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Emil Barth). Legitimiert wurde sie auf der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November. Es war eine Regierung revolutionären Rechts.

Der Streit Nationalversammlung oder Rätesystem bzw. demokratische Republik oder Diktatur des Proletariats bestimmte von der ersten Stunde der Novemberevolution an die politische Debatte. Es sollte die alles überragende Grundsatzfrage der kommenden Wochen werden. Allerdings kann die Abkehr von der Demokratie seitens eines Teils der radikalen Linken nicht ausschließlich durch die Faszination des Diktaturmodells der Bolschewiki erklärt werden. Es gab eine Denktradition in der Vorkriegssozialdemokratie, die eine solche Wendung erleichterte. Es bestanden erhebliche Unklarheiten und Differenzen, die sich um die Begriffe demokratische Republik, Sozialismus, Diktatur des Proletariats und Revolution rankten.

### *Demokratie und Diktatur in der Vorkriegssozialdemokratie*

Die alte Sozialdemokratie war eine Glaubensgemeinschaft (Lassalle: „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut ist.“). Die Marxsche Theorie wurde ganz ungeniert als „neues Evangelium“ propagiert, Kautsky verfaßte einen „sozialdemokratischen Katechismus“. In diesem Ideengebäude nistete auch ein Begriff, der zunächst keine große Beachtung fand, der jedoch mit dem Sieg der Bolschewiki in Rußland eine enorme Sprengkraft entfalten sollte: die „Diktatur des Proletariats“.

Es war Eduard Bernstein, der um die Jahrhundertwende wesentliche Teile des ortho-

15 Liebknecht: Mitteilungen, S. 593.

16 Conze, Werner (Hrsg.): Die Regierung der Volksbeauftragten. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 6, Düsseldorf 1969, S. 20 f. Hier auch die Antwort der USPD, auf die man sich dann einigte. Vgl. ebd., S. 30 f.

17 Ebd., S. 30.

doxen marxistischen Ideengebäudes in Frage stellte. Er wollte die Sozialdemokratie zu einer aktiven Reformpolitik ermutigen. Für ihn hatte das Warten auf den „großen Kladderadatsch“ seinen Reiz verloren. Er wollte praktische Reformpolitik machen, um die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern. Die Romantik einer „heiligen letzten Schlacht“ war ihm fremd. In diesem Zusammenhang nahm er eine bislang nicht bekannte Aufwertung der Demokratie für die Sozialdemokratie vor. Die linken Theoretiker fühlten sich aufgerufen, Bernstein entgegenzutreten, an erster Stelle Rosa Luxemburg. Besonders die Marxschen Gedankenfragmente zum Staat hatten es ihr angetan. Der Staat in der bürgerlichen Gesellschaft würde immer mehr zum „reinen Klassenstaate“, der „seine Tätigkeit und Machtmittel“ nur zum Nutzen „für das Klasseninteresse der Bourgeoisie“ gebraucht. Sie unterschied zwischen einer „formellen“ und einer „reellen“ Seite der Demokratie und warf Bernstein vor, er sehe nur die formelle Seite. Ihr hingegen erschien Demokratie im ganzen „als ein spezifisch kapitalistisches Mittel, die kapitalistischen Gegensätze zur Reife und zur Ausbildung zu bringen“. Während die ökonomische Entwicklung sich immer stärker den sozialistischen Produktionsverhältnissen näherte, würden die politischen und rechtlichen Verhältnisse eine immer höhere Wand zwischen der kapitalistischen und der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft errichten. Diese Wand werde durch Sozialreformen und Demokratie immer fester und höher gemacht. „Wodurch sie niedergerissen werden kann, ist einzig der Hammerschlag der Revolution, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“<sup>18</sup> Den naheliegenden Schluß, die Demokratie sei dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse hinderlich, zog sie jedoch nicht. Wenige Zeilen später heißt es, daß die Demokratie für die Arbeiterklasse „unentbehrlich“ sei, weil „in dem Kampfe um die Demokratie, in der Ausübung ihrer Rechte das Proletariat zum Bewußtsein seiner Klasseninteressen und seiner geschichtlichen Aufgaben kommen kann“.

Wie läßt sich der Widerspruch zwischen dieser positiven Würdigung der Demokratie und dem „Hammerschlag der Revolution“, der politischen Machtergreifung des Proletariats, erklären? Für Rosa Luxemburg ist die Demokratie nur deshalb unentbehrlich, weil sie die Machtergreifung „ebenso notwendig wie auch einzig möglich macht“.<sup>19</sup> Äußerungen des alten Engels, wonach der Barrikadenkampf sinnlos geworden sei und eine friedliche, gesetzliche Entwicklung in den Sozialismus wahrscheinlicher würde, interpretierte Rosa Luxemburg als eine Zwei-Phasen-Theorie. Die Äußerung von Engels gelte nur für das Verhalten des Proletariats im Rahmen des kapitalistischen Staates, nicht jedoch für die Eroberung der politischen Macht des Proletariats. Der Kontext dieser Zeilen erlaubt nur den Schluß: Demokratie ist für Rosa Luxemburg nur nützlich bis zum Tag der Revolution, dann kommt die Phase der Diktatur. Demokratie ist für Rosa Luxemburg also allenfalls ein Mittel zur Eroberung der Macht. Für Bernstein hingegen hat sie einen Eigenwert. Ihm ist sie „Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel zur Er kämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus“.<sup>20</sup> Bernsteins Forderung, daß die Sozialdemokratie sich „rückhaltlos, auch in der Doktrin, auf den Boden des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie stellt, mit allen sich daraus für ihre Taktik ergebenden Konsequenzen“,<sup>21</sup> wird von ihr verspottet und lächerlich gemacht. Unfaßbar ist ihr, wie Bernstein „den Hühnerstall des bürgerlichen Parlamen-

18 Luxemburg, Rosa: Sozialreform oder Revolution? Zit. nach: Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke. Bd. 1/1, Berlin (Ost) 1970, S. 400.

19 Ebd., S. 432.

20 Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus. Stuttgart 1921, S. 178.

21 Ebd., S. 181.

tarismus“<sup>22</sup> für das berufene Organ halten könne, den Übergang in den Sozialismus zu bewerkstelligen. Sie hält fest am Begriff der „Diktatur des Proletariats“, der für Bernstein längst zur „Phrase“ geworden ist. Sie ist fasziniert von der Revolution und nicht von der Demokratie, von der Gewalt und nicht vom Parlieren. Als mildernder Umstand für eine gläubige Marxistin kann angeführt werden, daß die Ungereimtheiten in den unsystematischen Äußerungen von Marx und Engels zu Staat, Demokratie und Diktatur angelegt sind.<sup>23</sup>

Dieses merkwürdige Oszillieren zwischen den Begriffen Demokratie und Diktatur findet sich auch bei Karl Kautsky. Sein radikalstes Buch *Der Weg zu Macht* ist ganz dem Kampf gegen die revisionistische Demokratievorstellung gewidmet. Er wehrt sich gegen das Ansinnen, die Sozialdemokratie müsse mit bürgerlichen Parteien Realpolitik für proletarische Interessen betreiben, er schwärmt von den „großen Endkämpfen um die Eroberung der politischen Macht“, hält fest an der Notwendigkeit der Revolution und bezieht sich zustimmend auf Marx und Engels: Sie hätten „das Wort von der Diktatur des Proletariats geprägt, [...] das Wort von der politischen Alleinherrschaft des Proletariats als der einzigen Form, in der es die politische Macht auszuüben vermöge“.<sup>24</sup> An anderer Stelle läßt er dann wieder Raum für die Vorstellung, daß diese Diktatur keine Gewaltherrschaft sein müsse, sondern eine demokratische Veranstaltung: „Die soziale Umwälzung, die wir anstreben, kann nur erreicht werden mittels einer politischen Revolution, mittels der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Und die bestimmte Staatsform, in der allein der Sozialismus verwirklicht werden kann, ist die Republik, und zwar im landläufigsten Sinne des Wortes, die demokratische Republik.“<sup>25</sup>

Das Schwanken zwischen Demokratie und Diktatur war ein Phänomen der Linken in der Vorkriegssozialdemokratie. Die offenkundigen Ungereimtheiten und Widersprüche blieben folgenlos, weil sich diese Alternative real nicht gestellt hat. Das änderte sich schlagartig mit dem Russischen Oktober 1917. Besonders die Theoretiker der Linken wie Kautsky und Luxemburg, die in Fragen des Marxismus ein Wörtchen mitreden wollten, fühlten sich herausgefordert. Kautsky schlug sich in der Auseinandersetzung mit den Bolschewiki nun eindeutig auf die Seite der Demokratie: „Wir verstehen unter dem modernen Sozialismus nicht die bloß gesellschaftliche Organisation der Produktion, sondern auch demokratische Organisation der Gesellschaft. Der Sozialismus ist demnach für uns untrennbar verbunden mit der Demokratie. Kein Sozialismus ohne Demokratie.“<sup>26</sup> Er wird zum verhaßten Gegenspieler Lenins und Trotzki.<sup>27</sup> Luxemburg versucht sich zwischen beiden einzuordnen: „Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. ‚Diktatur oder Demokratie‘ heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die *bürgerliche* Demokratie [...] Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d. h. für *bürgerliche* Diktatur.“<sup>28</sup>

22 Luxemburg: Sozialreform, S. 433.

23 Vgl. meine Ausführung hierzu in Scharrer, Manfred: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Stuttgart 1983, S. 110 ff.

24 Kautsky, Karl: Der Weg zur Macht. 1909, Nachdruck Frankfurt/Main 1972, S. 18 ff.

25 Ebd., S. 52.

26 Kautsky, Karl: Die Diktatur des Proletariats. Wien 1918, S. 5.

27 Vgl. Lenin, W.I.: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. Lenin Werke, Bd. 28, Moskau 1918.

28 Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution. Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 2000, S. 362. Ich

Wie bestimmte Rosa Luxemburg ihre Position zwischen diesen beiden Polen? Zunächst verteidigt sie gegenüber Lenin und Trotzki das alte demokratische Selbstverständnis der Sozialisten mit den überzeugendsten Formulierungen, die von sozialdemokratischer Seite jemals für die Prinzipien einer demokratischen Republik gefunden wurden. Dagegen wirkt Kautsky trotz seiner Eindeutigkeit blaß. Allgemeines Wahlrecht, Parteienpluralismus, Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sind für sie die Eckpfeiler einer politischen Verfassung, auf die auch eine sozialistische Gesellschaft nicht verzichten kann. Unübertroffen ist ihre liberale Freiheitsdefinition. Im Zusammenhang mit ihrer Verteidigung der Konstituante und des allgemeinen Wahlrechts ist es das Bekenntnis zu einer parlamentarischen Mehrparteien-Demokratie: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“<sup>29</sup>

Es ist offensichtlich, daß mit dieser Aussage ein freiheitlich-liberaler Gegenentwurf zum Modell einer Einparteien-Diktatur vorlag. Deshalb war dieser Text in der Vergangenheit den marxistisch-leninistischen bzw. stalinistischen Parteien verhaßt. Luxemburgs Kritik an der Politik der Bolschewiki und dem von ihnen errichteten Herrschaftssystem bezog sich nicht nur auf die politische Verfassung. Genauso deutlich ist ihre Ablehnung der bolschewistischen Wirtschaftspolitik. Sie ist entsetzt darüber, daß die Bolschewiki die von den Arbeitern in der Revolution geschaffenen Selbstverwaltungsorgane in den Fabriken zerschlagen, daß die Betriebe der „diktatorischen Gewalt der Fabrikaufseher“ unterstellt und die Arbeiter mit drakonischen Strafen und mit dem Terror der Geheimpolizei gezwungen werden, nach der Pfeife der Parteiführung zu tanzen. In diesem Zusammenhang gesteht Rosa Luxemburg das erste und letzte Mal, daß sie etwas nicht weiß. Nämlich: Die bisherige sozialistische Theorie habe keine konkrete Vorstellung entwickelt, wie eine sozialistische Gesellschaft auszusehen habe, eine solche Vorstellung sei auch nicht als Kopfgeburt von Intellektuellen oder Parteiführern möglich, „die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems“ sei eine Sache, „die völlig im Nebel der Zukunft liegt“.<sup>30</sup> Dieser erkenntnistheoretische Standpunkt, daß eine sozialistische Gesellschaft nur aus der „Schule der Erfahrung“ der Menschen entwickelt werden könne, macht deutlich, warum Rosa Luxemburg so vehement demokratische Prinzipien verteidigte. Denn nur wenn „unbeschränkte politische Freiheit“ und „uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche Meinung“<sup>31</sup> herrschten, war für sie ein Lernprozeß in Richtung Sozialismus vorstellbar:

Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft –

---

zitiere Luxemburg im folgenden immer, sofern nicht anders vermerkt, nach den Gesammelten Werken, Bd. 4.

29 Ebd., S. 359.

30 Ebd.

31 Ebd., S. 362.

eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne.<sup>32</sup>

Betrachtet man nur diese Teile des Textes, dann lehnte sie nicht nur eine Einparteien-Diktatur ab, sondern erteilte jedweder Diktatur eine strikte Absage. So eindeutig diese Aussagen sind, so widersprüchlich werden sie, wenn sie im Zusammenhang mit anderen Äußerungen desselben Textes gesehen werden. Nur wenige Zeilen nach dem eindrucksvollen Plädoyer für demokratische Prinzipien bekennt sie sich entschieden zur Diktatur des Proletariats. Das Proletariat müsse „eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben [...]“.<sup>33</sup> Sie ist begeistert von der Parole „Alle Macht den Räten“ und glaubt zu erkennen, daß die Bolschewiki damit das „ganze und weitgehendste revolutionäre Programm“ aufgestellt haben: „Nicht etwa Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern Diktatur des Proletariats, zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus.“<sup>34</sup> Das hindert sie nicht, einige Absätze weiter an der Vorstellung festzuhalten, wonach der Sozialismus im Rahmen der bürgerlich demokratischen Republik die soziale Ungleichheit und Unfreiheit überwinden werde: „Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den harten Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit, nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen.“<sup>35</sup> Sie führt jetzt den Begriff der „sozialistischen Demokratie“ ein, die im Moment der Machtergreifung durch die sozialistische Partei beginne, was begrifflich der Beginn der „Diktatur des Proletariats“ ist. Diese grenzt sie dann wieder vom Diktaturmodell Lenins ab mit der Aussage: „Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung.“<sup>36</sup> Die Verwirrung ist perfekt.

Bei ihrem Unterfangen, am Begriff der Diktatur des Proletariats festzuhalten und gleichzeitig demokratische Überzeugungen nicht preisgeben zu wollen, schleppt Rosa Luxemburg die alten Konfusionen in neuen Formulierungen mit und stiftet dadurch zusätzliche. Sie versucht den offenkundigen Widerspruch mit einer Formel zu lösen: „Sowohl Sowjets als Rückgrat wie Konstituante und allgemeines Wahlrecht.“<sup>37</sup> Dies ist jedoch keine Lösung des Widerspruchs, sondern nur eine unbestimmte Metapher, ein Formelkompromiß. Nähere Ausführungen fehlen. Die seit der Amerikanischen und Französischen Revolution geläufigen Bestandteile einer demokratischen Republik – Gewaltenteilung, politische Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz – werden nicht einmal ansatzweise erörtert. Eine theoretische Auseinandersetzung mit der klassischen Staats- und Verfassungstheorie findet ebenfalls nicht statt.

Rosa Luxemburg hatte ihre Bolschewismus-Kritik wenige Wochen vor ihrer Freilassung aus der Schutzhaft im September/Oktober 1918 geschrieben. Sie ist noch unveröffentlicht, als sie am 10. November in Berlin eintrifft. Doch ihre engsten politischen Freunde wissen von ihrer kritischen Distanz zu den Bolschewiki. Sie teilten diese Distanz nicht. Sie hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits anders entschieden, und zwar gegen die Na-

---

32 Ebd.

33 Ebd., S. 363.

34 Ebd., S. 341.

35 Ebd., S. 363.

36 Ebd.

37 Ebd., S. 358.

tionalversammlung und gegen die demokratische Republik. Man durfte auf das erste Eingreifen Rosa Luxemburgs in die politische Auseinandersetzung gespannt sein.

### *Nationalversammlung oder Rätssystem*

Die Mehrheitssozialdemokraten wollten auf schnellstem Wege die Einberufung der Nationalversammlung, die Mehrheit der USPD wollte die Einberufung solange hinauschieben, bis die Errungenschaften der Revolution gesichert seien, Teile der USPD-Linken wollten überhaupt keine Nationalversammlung, aus der berechtigten Angst, dort würden ihre speziellen Vorstellungen noch weniger Anklang finden als unter den Arbeiter- und Soldatenräten. Zu den letzteren gehörte die kleine Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Diese zählte in Berlin etwa fünfzig Anhänger. Am 11. November konstituierte sie sich offiziell als „Spartacusbund“. Dieser Bund blieb jedoch, was die Gruppe schon seither war, eine „geschlossene Propagandaver einigung“ (Pieck) innerhalb der USPD. Dem Selbstverständnis einer Propagandagr uppe entsprechend schlug Rosa Luxemburg vor, sich auf publizistische Aufgaben zu konzentrieren, besonders auf die Herausgabe einer Tageszeitung. Am 18. November erschien die *Rote Fahne* als Zentralorgan des „Spartacusbundes“. Die Chefredaktion teilten sich Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Am 20. November schrieb Rosa Luxemburg einen Grundsatzartikel zur Frage der Nationalversammlung.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Auseinandersetzung zwischen den sozialistischen Brüdern über die Frage Nationalversammlung oder Rätssystem bereits erheblich an Schärfe gewonnen. Im Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, der paritätisch besetzt war, versuchten die Revolutionären Obleute die Weichenstellung der Revolutionsregierung für eine demokratische Republik zu konterkarieren. Ernst Däumig legte dem Vollzugsrat am 13. November eine Entschlie ßung vor, in der davon ausgegangen wurde, daß sich in den Arbeiter und Soldatenräten die „neue Staatsgewalt verkörpert“. Weiter hieß es:

Diese Gewalt muß gesichert und ausgebaut werden, damit die Errungenschaften der Revolution der gesamten Arbeiterschaft zugute kommen. Diese Sicherung kann nicht erfolgen durch Umwandlung des deutschen Staatswesens in eine bürgerlich-demokratische Republik, sondern in eine proletarische Republik auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage. Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins erklärt sich daher gegen eine konstituierende Nationalversammlung.<sup>38</sup>

In den Sitzungen des Vollzugsrats vom 16. und 17. November wurde über diese Entschlie ßung verhandelt. Die Mehrheitssozialdemokraten, an ihrer Spitze Hermann Müller, votierten dagegen. Müller erinnerte an das Erfurter Programm, prophezeite eine sozialistische Mehrheit in der konstituierenden Versammlung und trat aus „praktischen und prinzipiellen Gründen“ für eine Nationalversammlung ein.<sup>39</sup> Schließlich scheiterte die

38 Protokolle der Sitzungen des Vollzugsrates des Arbeiter und Soldatenrates Groß-Berlins vom 16. u. 17. November 1918. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiter-Bewegung (BzG), Sonderheft zum 50. Jahrestag der Novemberrevolution, 1968, S. 141. Vgl. dazu die Schilderung von Müller, R.: Die Novemberrevolution, S. 81 ff.

39 Ebd., S. 142. Vgl. auch seine eigene Darstellung über diese Diskussion in Müller, Hermann: Die Novemberrevolution. Berlin 1928, S. 127 f.

Entschließung Däumigs mit 10 zu 12 Stimmen am Widerstand der Mehrheitssozialdemokraten. Man einigte sich auf eine Kompromißformel: „Die Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands hat auf Grund eines von ihr festzusetzenden Wahlsystems einen Zentralrat der Deutschen Arbeiter- und Sozialräte zu wählen, der eine neue, den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Sie ist einer von ihm zu berufenden konstituierenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.“<sup>40</sup>

Dies hinderte die Gegner nicht, den Kampf gegen die Einberufung der Nationalversammlung fortzusetzen. Richard Müller, der unumstrittene Kopf der Revolutionären Obleute, ignorierte die Stellungnahme des Vollzugsrats und hielt zwei Tage später auf der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 19. November seine berühmte Brandrede gegen die Nationalversammlung, die in den Worten gipfelte: „Ich habe für die Revolution mein Leben auf das Spiel gesetzt. Ich werde es wieder tun. Die Nationalversammlung ist der Weg zur Herrschaft der Bourgeoisie, ist der Weg zum Kampf; der Weg zur Nationalversammlung geht über meine Leiche.“<sup>41</sup> Umgekehrt hinderte es die Revolutionsregierung nicht, den Weg zur demokratischen Republik unbeirrt weiter zu verfolgen. Am 12. November verfügte sie in einem Aufruf „An das Deutsche Volk“ unter anderem: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Auch für die Konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.“ Am 15. November berief die Regierung den demokratischen Staatsrechtler Hugo Preuß zum Staatssekretär des Innern mit dem speziellen Auftrag, einen Verfassungsentwurf für eine parlamentarische Demokratie auszuarbeiten. Gemessen an dem jahrzehntelangen vergeblichen Kampf um ein demokratisches Wahlrecht und um die politische Emanzipation der Frauen war diese Entscheidung weitreichend, gemessen an den Erwartungen, vor allem der sozialdemokratischen Anhängerschaft, war sie eher eine Enttäuschung. Die Hoffnungen auf Verbesserungen der unmittelbaren materiellen Lebenslage, mit denen der Sieg der Revolution gerade bei den Angehörigen der ärmeren Klassen verknüpft worden war, standen einfach im Vordergrund. Sozialismus meinte für die meisten ja gerade dies: „Erlösung“ vom materiellen Elend. Selbst die radikalsten Obleute wie Emil Barth sahen sich gezwungen, ihre Anhänger darüber aufzuklären, daß Revolution nicht mit einer Lohnerhöhung verwechselt werden dürfe.

### *Die wahre Demokratie*

Als Rosa Luxemburg am 18. und 20. November in den Streit über die Nationalversammlung eingriff, goß sie Öl in das Feuer der Gegner einer parlamentarischen Republik. Sie, die noch wenige Wochen zuvor die liberale, die bürgerliche parlamentarische Demokratie so eindrucksvoll gegen Lenin und Trotzki verteidigt hatte, wollte davon nun nichts mehr wissen. Aus ihrer Kompromißformel, *sowohl* bürgerliche Demokratie (Konstituanten) *als auch* Diktatur (Räte), war jetzt eine Entweder-Oder-Entscheidung zugunsten der Diktatur geworden. Hieß es vorher bei ihr sowohl Demokratie als auch Diktatur, verkündet sie nun die Alternative: *entweder* „bürgerliche Demokratie *oder* [Hervorhebung

40 Zit. nach.: Müller, R.: Die Novemberrevolution, S. 83.

41 Protokoll der Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte am 19. November 1918 im Zirkus Busch. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiter-Bewegung (BzG), Jg. 1968, IL 6, S. 1039; ausführlich zitiert bei Müller, R.: Die Novemberrevolution, S. 84 f.

M. S.] sozialistische Demokratie“.<sup>42</sup> Diktatur des Proletariats ist bei ihr nicht mehr die Verwendung der Demokratie, sondern „das ist Demokratie im sozialistischen Sinne“.<sup>43</sup> Die Konstituante ist für sie nunmehr ein „überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen“ und eine „Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom ‚einigen Volk‘, von der ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘ des bürgerlichen Staates“.<sup>44</sup> Für sie ist ein Mensch, der jetzt die Einberufung der Nationalversammlung fordert, „ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums“.<sup>45</sup> Nachdem Rosa Luxemburg auf diese Weise die Nationalversammlung und mit ihr die demokratische Republik als Verrat am Sozialismus definiert hatte, stellte sie die Alternative auf: „Für oder gegen den Sozialismus, gegen oder für die Nationalversammlung, ein Drittes gibt es nicht.“<sup>46</sup> Im von ihr formulierten Spartakusprogramm wird dieser Positionswechsel in programmatische Form gebracht und das begriffliche Verwirrspiel auf die Spitze getrieben mit der Formulierung, die Diktatur des Proletariats sei „die wahre Demokratie“.<sup>47</sup> Rosa Luxemburg wurde zur wortmächtigsten Fürsprecherin der Gegner einer Nationalversammlung und einer demokratischen Republik.

Am Beispiel Rosa Luxemburgs kann gelernt werden, wie geschichtsmächtig das demokratische Prinzip geworden war. Sie sieht sich gezwungen, die Diktatur des Proletariats als „wahre Demokratie“ zu definieren. Und zwar auch deshalb, weil dieser Begriff seine theoretische Unschuld, die er bei Marx und Engels noch gehabt haben mag, durch die Praxis der Bolschewiki verloren hatte. „Diktatur des Proletariats“ in der Form, wie sie von den Bolschewiki als Einparteien-Diktatur ausgeübt wurde, wirkte auf die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft in Deutschland abschreckend. Nur vergleichsweise wenige waren in der Novemberrevolution von dem bolschewistischen Lehrstück angetan.

### *Bürgerkrieg theoretisch*

Rosa Luxemburg ist bewußt, daß die Konsequenz ihrer Politik, die Durchsetzung einer proletarischen Klassendiktatur, einen Bürgerkrieg bedeutet. Den Sozialisten aller Richtungen war diese Einschätzung gemeinsam. Das hatte schon Marx gelehrt. Sie zogen nur unterschiedliche Schlüsse: Mehrheitssozialdemokraten und große Teile der Unabhängigen waren auch deshalb für die Nationalversammlung, weil sie unter allen Umständen einen Bürgerkrieg vermeiden wollten. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hingegen bejahten emphatisch den Bürgerkrieg. Rosa Luxemburg bezeichnete die Nationalversammlung als „feigen Umweg“ und als „Verrat am Klassenkampf“, begangen von jenen, die sich aus Mangel an Mut um den unvermeidlichen Bürgerkrieg herumdrücken wollten.

Das Spartakusprogramm ist von kaum zu überbietender Klarheit: Der absehbare Widerstand der Bourgeoisie gegen ihre politische und soziale Entmachtung müsse „mit eiserner Faust, mit rücksichtsloser Energie“ gebrochen werden, das Volk müsse bewaffnet, die herrschenden Klassen entwaffnet werden, der Sieg des Proletariats könne nur in einem Bürgerkrieg erkämpft werden: „Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen [hat], und die proletarische Revolution

42 Luxemburg: Die Nationalversammlung, S. 409.

43 Ebd.

44 Ebd.

45 Ebd.

46 Luxemburg, Rosa: Der Parteitag der Unabhängigen SP, S. 427.

47 Luxemburg, Rosa: Was will der Spartakusbund?, S. 447.

muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu kämpfen und zu siegen.“<sup>48</sup> Und in diesem Zusammenhang steht der Satz: „Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie.“ Damit keine Zweifel bleiben, wie das gemeint sein könnte, fügte sie hinzu, daß nicht im Parlament, sondern „dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit schwieliger Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen auf Haupt zu schmettern, dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist“.<sup>49</sup> Der letzte Satz des Spartakusprogramms lautet: „[...] dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!“

Es läge nahe, in solchen Sätzen radikale Rhetorik zu sehen, die nicht wörtlich zu nehmen ist. Wenn Rosa Luxemburg in öffentlichen Reden diese Sprache führte, hatte dies einen eher komischen Effekt. Als sie auf der Verbandsgeneralversammlung der USPD am 15. Dezember erklärte, „Sozialismus bedeutet für uns Niederwerfung der herrschenden Klassen mit der ganzen Brutalität“, erntete sie „großes Gelächter“. Doch korrespondierten solche Sätze mit den Aufrufen zur Bewaffnung des Proletariats, Bildung einer Roten Garde, zu demonstrativer Verteilung von Waffen und militanten bewaffneten Aufzügen von Arbeitern. Die Schilderung der *Roten Fahne* von der Demonstration des Spartakusbundes am 7. Dezember zeigt, daß die Sprüche keineswegs harmlos gemeint waren. Unter dem Titel „Die Maschinengewehre der Arbeiter“ heißt es: „Eine Tafel mit der Aufschrift D. W. M. [Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, M. S.] wurde vorausgetragen. Zu Anfang des Zuges rollten schwere Lastautos heran, bestückt mit mehreren schweren und leichten Maschinengewehren. Die Maschinengewehre wurden entlang der Siegesallee verteilt.“<sup>50</sup>

Es ist Rosa Luxemburgs origineller Beitrag zur Demokratiediskussion, die wahre Demokratie in der Diktatur des Proletariats und zudem noch im Bürgerkrieg erblickt zu haben. Aus der Geschichte ist kein Beispiel eines Bürgerkrieges bekannt, der sich in diesem Sinne interpretieren ließe. Bürgerkriege zeichneten sich vor allem durch scheußlichste Gewaltverbrechen aus, durch Recht- und Gesetzlosigkeit und ein gesteigertes Elend, gerade unter den Ärmern.

### *Parlamentarische oder direkte Demokratie*

In der Novemberrevolution ging es den Anhängern einer Rätediktatur nicht um die Verneinung einer bestimmten Form der Demokratie, etwa um Fragen von repräsentativer oder direkter Demokratie. Die Besetzung der Räte erfolgte in Form von Listenwahlen, wobei die Konkurrenz vor allem zwischen USPD und MSPD ausgetragen wurde. Der Spartakusbund forderte einen nationalen Rätekongreß als „Parlament der Arbeit“. Die Parole „Alle Macht den Räten“ verschleierte, daß die Räte auch als Medium der Machtübertragung an Parteien wirkten, in diesem Falle vor allem an die beiden sozialdemokratischen Parteien. (Das war auch in der russischen Revolution nicht viel anders.) Dieses Räte-system funktionierte nicht als direkte Demokratie, sondern als indirekte wie im „bürgerlichen“ Parlament. Erst in späteren Theorien wurden die Räte als Institutionen direkter oder auch Basisdemokratie konzipiert. Die immanente Logik einer direkten

---

48 Ebd., S. 446.

49 Ebd., S. 447.

50 Rote Fahne, Nr. 23 v. 8.12.1918.

Demokratie – das unterscheidet sie von einer plebiszitären – mußte zur Abschaffung von Parteien führen. Rousseau wußte das, Rosa Luxemburg offensichtlich nicht, sonst hätte sie nicht eine Partei gegründet und gleichzeitig die Parole „Alle Macht den Räten“ propagiert. Sie entwickelte auch keine Rätetheorie. Sie war mit den Räten, so wie sie entstanden waren, einverstanden, nur eben darüber erbittert, daß deren Mehrheiten sich nicht dem Spartakusbund zuneigten. Es ging ihr und den radikalen Linken um die prinzipielle Beseitigung der Demokratie im modernen Sinne der politischen Gleichheit und Freiheit aller mündigen Staatsbürger, zu der seit dem 12. November auch die Frauen zählten. Es ging ihr einzig um den Ausschluß bestimmter sozialer Klassen und Schichten von der politischen Willensbildung. Sie bezeichnet diese Herrschaftsform als Diktatur des Proletariats, zugleich versuchte sie dieser Diktatur mit den Begriffen „sozialistische Demokratie“, „proletarische Demokratie“ oder „wahre Demokratie“ eine weniger furchteinflößende Deutung zu geben.

Man muß dabei bedenken, daß sich die soziale Wirklichkeit in Deutschland keineswegs mit dem unter Marxisten gebräuchlichen Zweiklassenschema von Bourgeoisie und Proletariat erfassen ließ. Vielmehr gab es ein buntes Gemisch sozialer Schichten, von freien Berufen wie Ärzten, Juristen, Journalisten, von Kleingewerbetreibenden, von Handwerkern aller Art, von Bauern und Unternehmern. Selbst über das Proletariat im engeren Sinne, das idealtypisch berufen sein sollte, die Diktatur auszuüben, gingen die Ansichten weit auseinander. Es gab Uneinigkeit darüber, wie zum Beispiel die Angestellten und Beamten einzuordnen seien und ob und wie den nicht Erwerbstätigen, etwa Arbeitslosen oder proletarischen Hausfrauen, die gerade errungene politische Gleichberechtigung zu erhalten sei. Das klassische Industrieproletariat war auch 1918 eine Minderheit. Das zeigte schon die Gewerbestatistik. Für einige Linksradikale war auch vollkommen klar, daß es – klassensoziologisch gedacht – in Deutschland nur um die Diktatur eben dieser Minderheit gehen könne.

Es fällt auf, daß der Streit Demokratie oder Diktatur zunächst primär ein Streit innerhalb des sozialdemokratischen Lagers war. Für die radikalen Linken waren die Mehrheitssozialdemokraten der Hauptfeind und wenig später sogar auch die Unabhängigen, also gerade diejenigen, die ihnen politisch am nächsten standen. Sie argumentierten so, als wären in der Novemberrevolution die Sozialdemokraten alleine auf der Welt, als hätten sich die bürgerlichen Parteien, die Konservativen und die unverbesserlich monarchistisch Gesinnten einfach in Luft aufgelöst, als dürften die Unterschiede hier vernachlässigt und auch das gesamte bürgerlich-demokratische Spektrum einfach auf die Seite einer potentiellen Konterrevolution gestellt werden und erst einmal unbeachtet bleiben.<sup>51</sup> Gleichermäßen blind waren sie gegenüber den Konsequenzen des verlorenen Krieges für Wirtschaft und Gesellschaft.

Demokratie nur für die Angehörigen einer sozialen Klasse ist keine Demokratie. Die proletarische Klassenherrschaft begrifflich mit der Volksherrschaft und das Proletariat mit dem gesamten Staatsvolk gleichzusetzen, ist eine gefährliche Irreführung. Peter Netti glaubt, die Abkehr Rosa Luxemburgs von der Forderung nach einer Konstituante sei nur eine „unwichtige Detailfrage“.<sup>52</sup> Das war es nun gerade nicht. Was immer die Gründe für Rosa Luxemburgs Gesinnungswandel gewesen sein mögen und all jener, die

51 Zum Verhalten des Bürgertums vgl. Bieber, Hans-Joachim: Bürgertum in der Revolution. Hamburg 1992; Engel, Gerhard: Die „Freie demokratische Fraktion“ in der Großberliner Rätebewegung – Linkliberalismus in der Revolution 1918/1919. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 2/2004.

52 Netti, Peter: Rosa Luxemburg. Köln/Berlin 1969, S. 483.

ihr folgten, die Abkehr von der demokratischen Republik bedeutete den grundsätzlichen Bruch mit der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie bestätigte damit den Bolschewismus-Vorwurf in einem entscheidenden Punkt.

Trotz der Bejahung der „Diktatur des Proletariats“ trennte sie von den Bolschewiki jedoch immer noch einiges. Im Spartakusprogramm gibt es eindrucksvolle Passagen, in denen Rosa Luxemburg einer gewaltsamen Durchsetzung sozialistischer Ziele eine Absage erteilt. Sie scheint hier noch an demokratischen Spielregeln innerhalb der proletarischen Klasse festzuhalten und formuliert allgemein antiputschistische Überzeugungen. Alle Eingeweihten wußten, daß sie sich damit unausgesprochen von den bolschewistischen Methoden distanzierte: „Die Proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord [...] Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes. [...] Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland [...] Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: Er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.“<sup>53</sup>

Hier ist von einer Ein-Parteien-Diktatur nicht die Rede. Es scheint so, als würde sie einem demokratischen Wettbewerb zwischen verschiedenen sozialistischen Parteien oder Gruppen das Wort reden. Andere Textstellen, Reden und vor allem das Verhalten Rosa Luxemburgs lassen jedoch Zweifel aufkommen, ob diese Worte tatsächlich so gemeint waren. Die Zweifel beginnen schon einen Tag nach der Veröffentlichung des Programms auf der Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin am 15. Dezember 1918. Auch hier sollte über die zentrale Streitfrage, entweder Nationalversammlung oder Räterediktatur, entschieden werden. Es kam zu einem Rededuell zwischen Hugo Haase und Rosa Luxemburg, der eine für, die andere gegen die Nationalversammlung. Die Resolution des Vorstandes für die Nationalversammlung erhielt 485, die Kontraresolution von Rosa Luxemburg 195 Stimmen. Hugo Haase, der den Spartakusbund aufforderte, den Worten seines Programms zu entsprechen und sich der Mehrheit der sozialistischen Arbeiter zu fügen, entgegnete Rosa Luxemburg: „Haase hat uns den Vorwurf machen wollen, daß wir uns der Meinung der Massen unterordnen, weil wir die Regierung nicht anders als mit Zustimmung der Massen übernehmen werden. Wir ordnen uns nicht unter, wir warten auch nicht ab [...] Auf Diskussionen, auf Mehrheitsbeschlüsse kommt es nicht mehr an.“<sup>54</sup> In seiner Antwort prophezeite Haase: „Wenn die Spartakusleute den Kampf gegen die Nationalversammlung auf ihre Fahnen schreiben, so wird aus dieser Parole nicht ein Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie entbrennen, sondern vielmehr ein Bruderkampf zwischen Proletariat und Proletariat.“ Er erhielt dafür lebhafte Zustimmung.<sup>55</sup>

### *Der Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands*

Der Streit, ob Deutschland den Weg in eine parlamentarische oder in eine wie auch immer geartete Räterepublik einschlagen sollte, sollte auf einem nationalen Rätekongreß entschieden werden. Darauf hatten sich die verfeindeten Genossen verständigt. Die Mehrheitssozialdemokraten widerwillig, Spartakus am entschiedensten. Die Sozialde-

53 Ebd., S. 451.

54 Luxemburg, Rosa: Rede auf der Verbandsgeneralversammlung. S. 458 f.

55 Haase, Hugo: Schlußwort. In: Freiheit, Nr. 59 v. 17.12.1918.

mokraten erwarteten eine Entscheidung für die Demokratie, die radikalen Linken eine Entscheidung für die Diktatur. Rosa Luxemburg hatte vom Kongreß unter anderem gefordert: „1. Er muß das Nest der Gegenrevolution, er muß die Stelle, an der alle Fäden der gegenrevolutionären Verschwörung zusammenlaufen, er muß das Kabinett Ebert-Scheidemann-Haase beseitigen [...]. 4. Er muß die Nationalversammlung als ein Attentat auf die Revolution und die Arbeiter und Soldatenräte ablehnen.“<sup>56</sup>

Vom 16. bis 21. Dezember 1918 tagte in Berlin der Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Dieses „Parlament der Arbeit“ stellte die Weichen für die künftige Staats- und Regierungsform Deutschlands. Der Kongreß sprach sich mit überwältigender Mehrheit für die Einberufung einer Nationalversammlung aus und damit für eine allgemein demokratische Republik. Eine Diktatur des Proletariats wurde abgelehnt (344 zu 98 Stimmen). Er bestätigte die Koalitionsregierung aus MSPD und USPD und bestimmte den 19. Januar 1919 zum Wahltag für die Nationalversammlung. Der Kongreß und seine so grundsätzliche Entscheidung sind weitgehend vergessen. Noch nicht einmal im Abgeordnetenhaus von Berlin, wo er tagte, findet sich eine angemessene Würdigung. Warum werden in der Erinnerungspolitik der politischen Parteien der Kongreß und die Delegierten, die sich damals für eine demokratische Republik aussprachen, so wenig gewürdigt?

Rosa Luxemburg beschimpfte die Delegierten nun als „williges Werkzeug der Gegenrevolution“ und als „Eberts Mamelucken“.<sup>57</sup> Sie unterstellte, daß die Delegierten mit ihrer Entscheidung für die Nationalversammlung das ihnen von der „revolutionären Masse“ angetragene Mandat „verraten“ hätten, und drohte mit imaginären Arbeiter- und Soldatenräten, die das gegenrevolutionäre Werk ihrer ungetreuen Vertrauensmänner für „null und nichtig erklären“ würden.<sup>58</sup> Die These vom Verrat der Delegierten erlaubte ihr, die Mißachtung der Entscheidungen des Rätekongresses vor sich selbst und gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Die Schlußfolgerung, die Rosa Luxemburg im Namen „des“ Proletariats zog, war eine Aufforderung zum Putsch: „An den wenigen Tagen seiner Beratungen hat er [der Rätekongreß, M. S.] dem Proletariat wie der Soldatenmasse den Kampf bis aufs Messer gegen die Regierung der Gegenrevolution als unausweichliche Lebensfrage vordemonstriert.“<sup>59</sup>

Spartakus und die Obleute kannten die Mehrheitsverhältnisse in Berlin. Sie wußten, wie die Delegiertenwahlen zur Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte ausgegangen waren. Die Mehrheitssozialdemokraten konnten 349 Stimmen auf sich vereinigen und erhielten 7 Delegierte, die Unabhängigen 281 Stimmen und 5 Delegierte, die Liste freier Berufe 79 Stimmen und einen Delegierten. Bei den Soldatenratswahlen erhielt die MSPD gar 204 Stimmen und 4 Delegierte gegenüber der USPD, die auf 121 Stimmen und 2 Delegierte kam.<sup>60</sup> Sie hatten zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie in der USPD auch als Personen nicht mehrheitsfähig waren und deshalb auch nicht auf die Liste der USPD für die Delegation zum Rätekongreß kommen würden. Eine eigene Liste „Spartacusbund“ aufzustellen, hatten sie nicht gewagt. Nicht einmal der Antrag auf dem Rätekongreß, sie „beide als Gäste mit beratender Stimme“ zuzulassen, fand ei-

56 Luxemburg, Rosa: Auf die Schanzen, S. 455.

57 Luxemburg, Rosa: Eberts Mamelucken, S. 466 ff.

58 Ebd., S. 468.

59 Luxemburg, Rosa: Ein Pyrrhussieg, S. 472.

60 Vgl. Vorwärts, Nr. 344 v. 15.12.1918.

ne Mehrheit.<sup>61</sup> Die Spekulation auf eine radikale Masse, die die Nationalversammlung verhindern sollte, im Unterschied zu den Delegierten des Rätekongresses, die sich gerade für die Nationalversammlung entschieden hatten, war Selbsttäuschung oder reine Propaganda. Auch auf Reichsebene gab es für Selbsttäuschung hinsichtlich der politischen Kräfteverhältnisse keinen Anlaß. Auf dem Reichsrätekongreß gehörten von den 489 stimmberechtigten Delegierten 298 der MSPD und 101 der USPD an (25 Delegierte rechneten sich zu den Demokraten und der Rest machte keine Angaben). Nur zehn Spartakusanhänger waren über die USPD-Listen zum Kongreß delegiert worden und bildeten dort innerhalb der USPD eine eigene Fraktion.<sup>62</sup> Der Spartakusbund ignorierte die Entscheidung des Kongresses und agitierte unbeirrt weiter gegen die Nationalversammlung und die Regierung der Volksbeauftragten. Die Beschlüsse zur Neuregelung der Kommandogewalt und zur Sozialisierung des Bergbaus, obwohl gegen den ausdrücklichen Willen der Führer der MSPD gefaßt, wurden nicht beachtet. Es ist verblüffend, wie wenig Rosa Luxemburg und der Spartakusbund sich an ihre eigenen Prinzipien hielten. Sie akzeptierten weder die Mehrheitsbeschlüsse der USPD, der sie ja formal angehörten, noch die der Arbeiter- und Soldatenräte, denen sie ja alle Macht zubilligten. Rosa Luxemburg verneinte nicht nur die Legitimität der Mehrheit im Rahmen demokratischer Verfassungen, sie war auch nicht gewillt, sich Mehrheitsentscheidungen im proletarischen Lager zu beugen. Wenn aber sozialistische oder proletarische Mehrheiten in der deutschen Revolution festgestellt werden konnten, dann auf dem Reichsrätekongreß.

#### *Der Gründungsparteitag*

Die Sozialdemokratie hatte sich während des Krieges an der Frage der Bewilligung von Kriegskrediten gespalten. Mit dem Kriegsende hatte dieser Streit sich erledigt. Das hatte die Hoffnung genährt, die Sozialdemokratie könne zu ihrer alten organisatorischen Einheit zurückfinden. Die Forderung der radikalen Linken in der Novemberrevolution nach einer politischen Klassendiktatur bedeutete eine neue Spaltung, diesmal eine unversöhnliche. Sie machte alle Hoffnungen zunichte, wieder zur alten Einheit zurückkehren zu können.

Nach den Abstimmungen auf der USPD-Generalversammlung und dem Reichsrätekongreß war unzweideutig klargeworden, daß der Spartakusbund für sein Programm weder bei den „Millionenmassen des Proletariats“ noch in den Reihen der USPD eine Mehrheit finden konnte. Organisatorische Abspaltung von der USPD und Gründung einer eigenen Partei waren die unvermeidlichen Konsequenzen des vorangegangenen programmatischen Bruchs. Am 29./30. Dezember 1918 war es soweit. Anhänger des Spartakusbundes und andere linke Splittergruppen versammelten sich, um eine eigene Partei zu gründen. Sie gab sich den Namen Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund). Rosa Luxemburg hielt das Grundsatzreferat. Sie war sich der Tragweite des Schrittes bewußt und widmete ihr Referat dem Versuch, die Abkehr vom „Erfurter Programm“ der Sozialdemokratie zu begründen und theoretisch zu rechtfertigen. Da sie in Friedrich Engels den Hauptverantwortlichen für die demokratische Weichenstellung in der SPD sah, entwickelte sie ihre Begründung als Kritik an seinen Auffassungen. Dabei griff sie zu dem rhetorischen Kunstgriff, die Ablehnung der demokratischen Republik vor allem als Abkehr vom „Nur-Parlamentarismus“ zu beschreiben. Ihre zusammenfassende Ein-

61 Vgl. Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, Berlin 1919, S. 12.

62 Vgl. die Einschätzung von Müller, R.: Die Novemberrevolution, S. 208 ff.

schätzung lautete: Das Spartakusprogramm „befindet sich im bewußten Gegensatz zu dem Standpunkt, auf dem das Erfurter Programm bisher steht“.<sup>63</sup>

Ausgehend von Arthur Rosenberg wird bis heute in vielen Darstellungen versucht, eine demokratisch gesinnte Rosa Luxemburg von ihren putschistisch eingestellten Anhängern auf dem Gründungsparteitag abzugrenzen und sie vorweg von ihrer Beteiligung am Januarputsch zu entlasten. Diese Interpretation ist ein wichtiges Segment in der Ikonisierung von Rosa Luxemburg. Grundlage für diese Interpretation ist ihr Eintreten für die Beteiligung an der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung auf dem Gründungsparteitag. Schon wenige Tage zuvor, am 23. Dezember, hatte sie in einem Artikel in der *Roten Fahne*, für Freund und Feind völlig überraschend, begonnen, einer Wahlbeteiligung an der Konstituante das Wort zu reden. Entscheidend ist ihre Begründung. Dieser Artikel erschien einen Tag, nachdem Spartakus zum Sturz der Regierung Ebert-Haase aufgerufen hatte, und zwar durch eine „Revolution der Straße“. Er zeichnete sich dadurch aus, daß er die Nationalversammlung radikal abzuwerten und dennoch eine Beteiligung an ihr zu begründen versuchte:

Nach dem glänzenden „Sieg“ auf dem Rätekongreß glaubten die Ebert-Leute, ihr Hauptstreich gegen die Macht der A.- und S.-Räte, gegen die proletarische Revolution und den Sozialismus sei gelungen. Sie werden sich irren. Es gilt, diesen Plan der Gegenrevolution zunichte zu machen, die Aktion der kapitalistischen Schutztruppe durch die revolutionäre Aktion der Massen zu durchkreuzen. Wie wir das infame preußische Dreiklassenwahlrecht ausnützten, um *im* Dreiklassenparlament *gegen* das Dreiklassenparlament zu kämpfen, so werden wir die Wahlen zur Nationalversammlung zum Kampfe gegen die Nationalversammlung verwerten [...] Jetzt stehen wir mitten in der Revolution, und die Nationalversammlung ist eine gegenrevolutionäre Festung, die gegen das revolutionäre Proletariat aufgerichtet wird. Es gilt also, diese Festung zu berennen und zu schleifen. Um die Massen gegen die Nationalversammlung mobil zu machen und zum schärfsten Kampf aufzurufen, dazu müssen die Wahlen, dazu muß die Tribüne der Nationalversammlung ausgenutzt werden.

Rosenberg übersieht, daß Rosa Luxemburgs Zustimmung zur Wahlbeteiligung sich weiter auf die prinzipielle Gegnerschaft zur Nationalversammlung stützte. Sie wollte die Nationalversammlung „nicht nur von außen“, von der Straße her bekämpfen, sondern auch von innen. Nur weil sie sich in der prinzipiellen Ablehnung der Nationalversammlung mit ihren Anhängern einig wußte, konnte sie in der taktischen Frage einer Wahlbeteiligung eine Abstimmungsniederlage auf dem Gründungsparteitag ohne Konsequenzen hinnehmen. Es war nicht überraschend, daß die Mehrheit der Delegierten den Antrag einer Wahlbeteiligung ablehnte. Rosa Luxemburg war auch gar nicht weiter enttäuscht darüber, sondern versicherte den Delegierten nach der Abstimmung ausdrücklich:

Es ist zwischen uns, im Zweck und in der Absicht gar kein Unterschied, wir stehen alle auf demselben Boden, daß wir die Nationalversammlung als ein gegenrevolutionäres Bollwerk bekämpfen. Daß wir die Massen aufrufen und erziehen wollen, um die Nationalversammlung zunichte zu machen.<sup>64</sup>

63 Luxemburg, Rosa: Rede zum Programm. In: Weber, Hermann (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD, Protokoll und Materialien. Frankfurt/Main 1969, S. 181.

64 Ebd., S. 103.

Aber neben ihrer grundsätzlichen Polemik gegen die Nationalversammlung auf dem Gründungsparteitag gibt es auch wieder Aussagen, in denen sie eine realistische Einschätzung der Situation und eine ansatzweise demokratische Haltung erkennen läßt: „Aber was wir bisher in Deutschland sehen, das ist noch die Unreife der Massen. Unsere nächste Aufgabe ist, die Massen zu schulen. [...] Das wollen wir durch den Parlamentarismus erreichen. Das Wort soll entscheiden.“<sup>65</sup> Diese Worte verhallten ungehört. Tatsächlich stand nicht dieser aufklärerische Ansatz im Mittelpunkt der Agitation des Spartakusbundes, sondern das Bestreben, die Nationalversammlung und die demokratische Republik zu verhindern. In diesem Sinne sammelte die Führung des Spartakusbundes genau jene Geister um sich, die sie unermüdlich gerufen hatte. Rosenberg meint, die Ablehnung der Wahlbeteiligung durch die Mehrheit der Delegierten auf dem Gründungsparteitag sei „indirekt der Aufruf zu putschistischen Abenteuern“ gewesen. Damit hat er sicher Recht. Wenn er jedoch glaubt, dieser Beschluß hätte „mit dem Programm Rosa Luxemburgs nichts gemein gehabt“,<sup>66</sup> so irrt er.

### *Bürgerkrieg praktisch*

Mit der überwältigenden Entscheidung für die Nationalversammlung des Rätekongresses waren die Würfel gefallen. Die radikale Linke akzeptierte diese Entscheidung nicht. Sie versuchte, angefeuert durch das bolschewistische Beispiel, die Wahlen noch zu verhindern. Anfang Januar ergab sich dafür ein Anlaß. Am 4. Januar wurde der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn durch den preußischen Innenminister Hirsch entlassen. Eichhorn hatte sich als linker USPD-Mann gegen die Einberufung der Nationalversammlung ausgesprochen und klargestellt, daß seine Loyalität keineswegs den Mehrheitssozialdemokraten galt. Im Gegenteil: Er ließ ohne Auftrag und unkontrolliert Waffen an Zivilisten ausgeben. Eichhorn weigerte sich jedoch, seinen Posten zu räumen. Dieses merkwürdige Verhalten wurde von dem Zentralvorstand der Berliner USPD, den Revolutionären Obleuten und der Zentrale des Spartakusbundes (KPD) unterstützt. Das Dreier-Bündnis rief daraufhin zu einer Protestdemonstration gegen die Entlassung Eichhorns am Sonntag, dem 5. Januar, auf. Die Beteiligung war überwältigend. Die Teilnehmer kamen zum Teil in recht martialischem Aufzug: Mit Maschinengewehren bestückte Autos und bewaffnete Arbeitertrupps belebten das ansonsten graue und neblige Janu- arbild. Die Berliner USPD-Führung, viele Obleute (nicht Müller und Däumig) und die KPD-Führer Liebknecht und Pieck gerieten angesichts dieser unübersehbaren Menge ganz aus dem Häuschen. Sie sahen die Gelegenheit gekommen, um gegen die verhaßte Revolutionsregierung loszuschlagen. Als erstes gründeten sie einen Ausschuß, natürlich einen „Revolutions-Ausschuß“. Ein jeder Ausschuß braucht einen Vorsitzenden. Jede Gruppe erhob Anspruch. Also bekam jede einen: Für die KPD wurde Liebknecht, für die USPD Ledebour und für die Obleute Scholze bestimmt. Dieses Gremium beschloß noch in der Nacht vom 5. auf den 6. Januar, die Kabinettsmitglieder zu verhaften und „die militärisch wichtigen Gebäude am Montag zu besetzen“.<sup>67</sup> Die Kabinettsmitglieder konnten nicht verhaftet werden, und der Versuch, militärisch wichtige Gebäude zu besetzen, erinnerte Richard Müller an ein „Narrenspiel“.

Rosa Luxemburg soll in der internen Diskussion der Spartakusführung gegen dieses Putschabenteuer gewesen sein. Nach außen jedoch, das heißt in der *Roten Fahne*, war

65 Ebd., S. 101.

66 Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 1969, S. 52.

67 Pieck, Wilhelm: Manuskript. Zit. nach: Luban, Ottokar: Demokratische Sozialistin. In: IWK, 2/99, S. 182.

sie diejenige, die den Putsch in den schrillsten Tönen unterstützte. Von ihr selbst gibt es keinen Hinweis, der diesen angeblichen Widerspruch bestätigen würde, aber dafür aufwendige Erklärungsversuche von Dritten, die alle davon ausgehen, dieser hätte tatsächlich bestanden.<sup>68</sup> Wahrscheinlich ist etwas anderes. Nachdem das Desaster des Putsches offenkundig geworden war, ging es um die Verantwortlichkeiten. Die KPD-Führung war bestrebt, sich und vor allem Rosa Luxemburg zu entlasten. Folgt man Wilhelm Pieck in der erwähnten Version seiner Ausführungen, dann hat dieser Widerspruch gar nicht existiert: Rosa Luxemburg war auch in der KPD-internen Diskussion für den Putsch: „Die Genossen Luxemburg und Jogiches drängten auf eine entschlossene Kampfesführung und klare Parolen.“<sup>69</sup> Ihre Artikel in der *Roten Fahne* sprechen genau diese Sprache. Am 6. Januar war dort zu lesen: „Die Reden mündeten alle aus in die Losung: Die revolutionären Arbeiter und Soldaten Berlins halten das Polizeipräsidium, sie werden mit Aufbietung der äußersten Machtmittel kämpfen, wenn man ihnen diese Position zu entreißen sucht. Sie fordern sofortige Bewaffnung der Arbeiter, Bildung einer Roten Garde, Entwaffnung der Gegenrevolutionäre. Der Sturz der Ebert-Regierung ist Lebensfrage der Revolution.“<sup>70</sup>

Als die USPD ihre Vermittlung anbot, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, lehnte Rosa Luxemburg ab. Am 7. Januar schrieb sie in der *Roten Fahne*: „Andere pflaumenweiche Elemente sind sicher schon fleißig am Werke, ‚Verhandlungen‘ anzubahnen, um Kompromisse herbeizuführen [...], um die Revolution zu einem ‚Vergleich‘ mit ihren Todfeinden zu verleiten.“<sup>71</sup> Sie forderte die Putschisten sogar auch dann noch zum Durchhalten auf, als längst feststand, daß das ganze Unternehmen gescheitert war, denn die Soldaten der Berliner Kasernen hatten sich entgegen der Spekulation der Putschisten dem Aufstand nicht angeschlossen. Am 8. Januar schrieb sie, die Erfahrung mit dem bisherigen Verlauf der Revolution habe gezeigt, daß der Sturz der Ebert-Regierung für eine sozialistische Revolution unbedingt notwendig sei, und in gewohnter Manier spitzte sie diese Einschätzung auf eine Entweder-Oder-Entscheidung zu: „Entweder soll die Revolution ihren proletarischen Charakter, ihre sozialistische Mission preisgeben oder Ebert-Scheidemann mit ihrem Anhang müssen von der Macht vertrieben werden.“ Und die in ihren Augen wohl etwas zögerlichen revolutionären Führer feuerte sie an: „Redet nicht! Beratet nicht ewig! Unterhandelt nicht! Handelt!“<sup>72</sup>

Die Begeisterung der Berliner, gegen die Revolutionsregierung zu demonstrieren, hatte zu diesem Zeitpunkt bereits erheblich nachgelassen, nur kleinere Demonstrationen wurden noch gesichtet. Dafür nahmen die Schießereien und die Anzahl der Opfer zu. Angesichts der sich immer mehr verschärfenden Auseinandersetzung, und nachdem der Versuch der USPD gescheitert war, die bewaffneten Kämpfe durch Verhandlungen „von oben“ beizulegen, entwickelte sich eine Bewegung „von unten“ auf Betriebsebene. Sie nahm am 9. Januar mit einer Versammlung von 40 000 Arbeitern der AEG und der Schwartzkopff-Werke im Humboldthain ihren Ausgang. Gefordert wurde die Einigung der Arbeiter aller Richtungen und zwar über die Köpfe der Führer hinweg. Ausgehend von der Versammlung im Humboldthain fanden in einer großen Anzahl der Berliner Betriebe Belegschaftsversammlungen statt, die alle dieselben Forderungen aufstellten:

68 Vgl. meine Darstellung in: Scharrer, Manfred: Die Spaltung der Arbeiterbewegung. Stuttgart 1985, S. 195–220.

69 Zit. nach Luban: Demokratische Sozialistin, S. 10.

70 Rote Fahne, Nr. 6 v. 6.1.1919.

71 Luxemburg, Rosa: Was machen die Führer, S. 520.

72 Alle Zitate aus: Luxemburg, Rosa: Versäumte Pflichten, S. 521 f.

Ende des Blutvergießens, Einigung der Arbeiter über die Köpfe der „kompromittierten“ Führer hinweg, Rücktritt dieser Führer, womit sowohl Ebert und Scheidemann als auch Ledebour, Liebknecht und Eichhorn gemeint waren. Über zweihunderttausend Arbeiter hatten sich in wenigen Tagen dieser Einigungsbewegung angeschlossen. Die *Freiheit* berichtete, daß in der Arbeiterratssitzung der USPD vom 10. Januar Vertreter von 227 000 Arbeitern zusammengekommen waren, die die Einigung der Arbeiterschaft und die sofortige Beendigung der Kämpfe forderten. Die KPD-Führung lehnte diese Bestrebungen strikt ab. Während die Schlagzeilen der *Freiheit* lauteten „Einhalt dem Brudermord!“ und „Die Massen für Verständigung“, titelte die *Rote Fahne*: „Auf zum Generalstreik – Auf zu den Waffen!“ Für Rosa Luxemburg war der Versuch der Berliner Arbeiter, dem „Brudermord“ Einhalt zu gebieten, nur ein von der USPD „inszenierter Einigungsrummel“.<sup>73</sup>

Als am 10. Januar – reichlich spät – auch Rosa Luxemburg einsehen mußte, daß der Putsch gescheitert war, fehlt bei ihr jeglicher Hauch einer Selbstkritik. Sie versucht statt dessen, der USPD die Schuld am Scheitern des Aufstandes in die Schuhe zu schieben. Vollkommen unbeeindruckt von der Katastrophe, die sie mit angerichtet hat, nimmt sie jedoch eine Zielkorrektur für den Spartakusbund vor. Galt bisher, daß auf dem Weg zum Sozialismus erst die Mehrheitssozialdemokratie beseitigt werden müsse, bevor man der „Bourgeoisie“ ans Leder gehen könne, so verkündet sie nun, daß sich der Weg zum Ziel verlängere: Bevor man die Mehrheitssozialdemokraten beseitigen könne, müsse erst noch die USPD beseitigt werden:

Vor allem aber muß die nächste Zeit der Liquidierung der USP, dieses verwehenden Leichnams, gewidmet werden, dessen Zersetzungsprodukte die Revolution vergiften [...] die Abrechnung mit den Scheidemännern setzt voraus die Liquidierung der USP, die als Schutzwand der Ebert-Scheidemann fungiert.<sup>74</sup>

Und drei Tage später räumt sie ein, daß der Aufstand sein Ziel gar nicht erreichen konnte: „War der Sturz der Ebert-Scheidemann und eine Aufrichtung der sozialistischen Diktatur zu erwarten? Gewiß nicht, wenn man alle Momente reiflich in Betracht zieht, die über die Frage entscheiden.“ Jetzt weiß sie plötzlich wieder, daß das „platte Land“ von der Revolution noch „kaum berührt“ und Berlin bislang vom Reich „so gut wie isoliert“ war. Warum sie trotz der Aussichtslosigkeit des Unterfangens so vehement dem Putsch das Wort geredet hatte, erklärt sie wie folgt: Die revolutionären Arbeiter seien durch eine Provokation „der Ebert-Scheidemann [...] *gezwungen* [worden], zu den Waffen zu greifen“ und es sei „Ehrensache“ gewesen, sofort „den Angriff mit aller Energie abzuschlagen [...]“.<sup>75</sup>

### *Pro Demokratie*

Gegen welche Mehrheiten der Kampf gegen die Demokratie und der Putschversuch im Januar gerichtet waren, zeigen die Wahlen zur Nationalversammlung wenige Tage später, am 19. Januar 1919: Die MSPD erhielt 37,9 Prozent und die USPD 7,6 Prozent der Stimmen, Zentrum und Bayerische Volkspartei (BVP) 19,67 Prozent, die Deutsche Demokratische Partei (DDP) 18,56 Prozent und die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 10,27 Prozent der Stimmen. Die KPD hatte sich an den Wahlen zur Nationalversamm-

73 Luxemburg, Rosa: Das Versagen der Führer, S. 526.

74 Ebd.: S. 528.

75 Luxemburg, Rosa: Die Ordnung herrscht in Berlin, S. 533 f.

lung nicht beteiligt, ihre Stärke zeigte sich 1920 bei der ersten Reichstagswahl: Sie erhielt 2,09 Prozent der Stimmen.

Die maßlose Kampagne gegen die Nationalversammlung, die Abkehr von den Prinzipien einer allgemeinen demokratischen Republik, wurde von Rosa Luxemburg agitatorisch und theoretisch angeführt. Wenn etwas in der Geschichte ihrer Partei, der KPD, Kontinuität und Bestand hatte, dann war es die anti-demokratische Grundhaltung. Der ununterbrochene Kampf der KPD gegen die Weimarer Demokratie folgte der von Rosa Luxemburg vorgegebenen Grundlinie. Die KPD trug auf diese Weise nicht unwesentlich zum Untergang der Weimarer Republik bei. Nach 1945 bediente sich die Nachfolgepartei SED zur Legitimation ihrer Herrschaft dieser Seite der Theorie Rosa Luxemburgs – bis zum Ende der DDR. Gelernt hatte sie von Rosa Luxemburgs Formulierungsgabe auch die Manipulation der Worte: Wie man den Sinn eines Begriffs bis zur Unkenntlichkeit entstellen und seinen historischen Erfahrungsgehalt ins Gegenteil verkehren kann: Die Diktatur der stalinistischen Parteien in den Ländern des Ostblocks wurde mit dem Pleonasmus der Volksdemokratie bemäntelt. In Deutschland nannte sich dieser Staat Deutsche Demokratische Republik. Hier wurden ein Scheinparlament (Volkskammer) und Scheinparteien (Blockflöten) installiert und Scheinwahlen abgehalten. Das Wort Demokratie wurde – bis 1989 – zur Tarnformel der meisten linken Diktaturen.

Nach 70 Jahren historischer Erfahrung mit der „Diktatur des Proletariats“, nach all den Verbrechen, die im Namen des Kommunismus und Sozialismus verübt wurden, gibt es für Demokraten keinen Grund, Rosa Luxemburg mit ihrer anti-demokratischen Wendung zur „proletarischen Diktatur“ als Verfechterin der „wahren Demokratie“ zu feiern. Ihre blendenden Formulierungen und ihre starken Sprüche, ihre maßlose Polemik, ihre einfühlsamen Liebesbriefe, ihre anrührende Tier- und Pflanzenliebe und insbesondere das an ihr verübte Verbrechen, das ihre verhängnisvolle Politik im Januar in den Hintergrund drängte und eine Kritik an ihr pietätlos erscheinen ließ, all das sollte über ihre widersprüchlichen Aussagen und ihr widersprüchliches Verhalten ebensowenig hinwegtäuschen wie über ihre letztlich eindeutige Entscheidung gegen die Demokratie.<sup>76</sup> Man sollte akzeptieren, daß sie in der Novemberrevolution jene große Mehrheit der Sozialdemokraten in der USPD und MSPD vor allem deshalb als Hauptfeinde bekämpfte, weil diese für die Demokratie einstanden. Friedrich Ebert hatte dieses Demokratieverständnis nüchtern formuliert, als er den Delegierten des Rätekongresses am 16. Dezember 1918 zurief: „Sie sollen aus der Gewalt der siegreichen Revolution heraus den neuen Rechtsstaat errichten. Denn [...] auf die Dauer kann es in Deutschland nur eine Rechtsquelle geben: das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes.“<sup>77</sup>

Wie immer die Kritik an der Politik der Revolutionsregierung lauten mag: Es gab für Sozialisten keinen vernünftigen Grund, einen Prinzipienstreit über demokratische Republik oder Diktatur des Proletariats vom Zaune zu brechen, die Mehrheitssozialdemokraten

76 „Die Erhebung scheiterte, Luxemburg und Liebknecht wurden am 15. Januar von Freikorpskämpfern erschlagen. Das war ein viehischer Mord, der ihnen die Gloriole des politischen Märtyrertums eingetragen hat. Doch wer zur bittersten aller Auseinandersetzungen, zum Bürgerkrieg, antritt, ja ihn sogar initiiert, der begibt sich wissentlich in jene Gefahr, in der er jederzeit umkommen kann: im militärischen Kampf mit dem Gegner oder vor dem Peloton eines Kriegsgerichts. Für den Heiligenschein der Ikone sind solche Figuren nicht geeignet.“ (Wehler, Hans Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 4. Bd., München 2003, S. 537).

77 Ebert, Friedrich: Begrüßung durch die Regierung. In: Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, Berlin 1919, S. 4.

und die Unabhängigen auf die Seite der „Konterrevolution“ zu stellen, die Entscheidung des nationalen Rätekongresses zu mißachten, weil er sich für die Nationalversammlung entschieden hatte, zum Putsch gegen die Regierung der andersdenkenden sozialdemokratischen Brüder aufzurufen und den Putsch tatsächlich zu wagen. Die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie und die des Rechtsstaats ist von nicht wenigen erst durch ihre dramatische Zerstörung im Nationalsozialismus richtig erkannt worden, denn die Verbrechen, die die braune Diktatur verübte, wären in einem demokratischen Deutschland unmöglich gewesen. Die Frage, wie diese Katastrophe hätte verhindert werden können, ist eine Leitfrage historischer Forschung und muß eine Leitfrage politischer Bildung sein. Es gibt unter den meisten Historikern – der alten Bundesrepublik – die begründete und verbreitete Ansicht, den Sieg des Nationalsozialismus hätte nur eine entschiedene Verteidigung der demokratischen Republik verhindern können. Aus der Perspektive von 1933 wird deshalb auch das Geschehen 1918/19 beurteilt. Viele Historiker, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, neigen zu der Ansicht, Ebert und Scheidemann hätten in der „offenen Situation“ der Revolutionszeit nicht genug für eine erfolgreiche Entwicklung der Demokratie in Deutschland getan. Kritisiert wird vor allem ihr weitgehend blindes Vertrauen in die Oberste Heeresleitung und in die Spitzen der zivilen Verwaltungsbürokratie.

Maßgeblich Luxemburg und Spartakus haben in der Novemberrevolution alles versucht, das Zustandekommen der Demokratie zu verhindern. Sie haben gegen die Revolutionsregierung geputscht, nicht weil sie zu wenig, sondern weil sie bereits zuviel für die Demokratie getan hatte. Zum Glück war die KPD (Spartakusbund) im Januar eine Sekte ohne Einfluß. Die Frage der Diktatur der KPD in Deutschland hat sich eigentlich nie gestellt. Doch was diese Partei gewollt hätte, das zeigen die Texte und das Verhalten, vor allem von Rosa Luxemburg, deutlich genug. Die Historiker der DDR und natürlich die Anhänger der SED waren bis zum Ende der DDR der Ansicht, die richtige Konsequenz aus der braunen Diktatur sei eine rote Diktatur gewesen. Es gab diese Auffassung auch in der alten Bundesrepublik. Sie hatte dort nur weniger Anhänger.

Die großen Verdienste, die sich „bürgerliche“ Demokraten wie Hugo Preuß und vor allem Sozialdemokraten für das Zustandekommen der Nationalversammlung und der Begründung einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland erworben haben, werden vergleichsweise geringgeschätzt, wie überhaupt die Weimarer Verfassung wenig Anerkennung findet. Für nicht wenige soll sie für das Scheitern der Demokratie mitverantwortlich sein. Diese Ansicht teile ich nicht. Die erste demokratische Republik in Deutschland ist nicht an ihrer Verfassung gescheitert. Es gab zu viele auf der politischen Rechten und Linken, die die demokratische Republik bekämpften, und es gab zu viele Gleichgültige. Diejenigen, die die Republik verteidigten, waren zu wenige und zu schwach. Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten – selbst bei einer idealen Verfassung.<sup>78</sup>

---

78 Eine umfassende Darstellung dieser Ausführungen findet sich in Scharrer, Manfred: Die Spaltung der Deutschen Arbeiterbewegung. Stuttgart 1983; ders.: „Freiheit ist immer . . .“ – Die Legende von Rosa und Karl. Berlin 2002. Hier finden sich auch Hinweise zur einschlägigen Fachliteratur.